Montag, 31. Juli 2017, 12:58 Uhr
~2 Minuten Lesezeit

Ein Hoffnungsschimmer

Die USA sind zu einem trostlosen Landstrich verkommen. Doch es gibt Hoffnung.

von Paul Craig Roberts
Bildlizenz CC0

Die USA sind ein recht trostloser Landstrich, seit die Neokonservativen zur Zeit des Clinton-Regimes die

US-Außenpolitik übernommen und damit die nunmehr zwei Jahrzehnte währende Ära der Kriegsverbrechen, die das Amerika des 21. Jahrhunderts kennzeichnen, begonnen haben und seitdem US-Unternehmen die US-amerikanische Arbeitnehmerschaft verrieten, indem sie Arbeitsplätze aus den USA nach Asien verlagerten.
Die Aussichten verdüsterten sich weiter, als das Obama-Regime die russische Bedrohung wieder zum Leben erweckte und damit die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konflikts zwischen den Atommächten erhöhte.

Unter normalen Umständen hätten die Länder Europas aufgrund ihrer Lage zwischen den Fronten darauf bestanden, dass Washington die grundlosen Provokationen Richtung Russland unterlasse. Doch die Umstände sind bislang nicht normal. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die europäischen Länder Vasallen ohne eigenständige Wirtschafts- und Außenpolitik.

Europa beherbergt US-Militärbasen, die Russland bedrohen. Europa hat Washingtons Angriffskriege gegen Serbien, Afghanistan, den Irak, Libyen, Syrien und Washingtons Luftangriffe auf pakistanische Provinzen unterstützt, genauso wie es Washington dabei unterstützt hat, Saudi Arabien für seinen Stellvertreterkrieg gegen den Jemen zu benutzen.

Europa hat Washingtons willkürliche Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und Russland mitgetragen, Sanktionen, die Europa teuer zu stehen kommen, Washington aber kaum etwas kosten.

Daran gewöhnt, dass Europa nach seiner Pfeife tanzt, verfügt Washington über Europa, ohne auch nur die Regierungen seiner Vasallen nach ihrer Sicht der Dinge zu fragen. Jetzt allerdings sieht es so aus, als ob Washington mit seiner außergewöhnlichen Arroganz und Hybris zu weit gegangen sei. Angesichts einer neuen Sanktionsrunde gegen Russland hat Jean-Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission, Washington mitgeteilt, dass die Zeiten vorbei seien, da Washington seine Interessen vor diejenigen Europas stellen konnte.

Die neuen Sanktionen haben verheerende wirtschaftliche und politische Folgen für Europa. Juncker sagte, dass „wir bereit [seien], innerhalb von Tagen adäquat zu reagieren“, wenn Europas “Bedenken nicht ausreichend Rechnung getragen [würde]“.

Das deutsche und das französische Außenministerium haben Juncker ihre Unterstützung zugesagt. Das deutsche Außenministerium verlautbarte: „Die Amerikaner haben nicht das Recht, zu beurteilen oder vorzuschreiben, wie europäische Firmen mit Dritten, insbesondere mit russischen Energieunternehmen zusammenarbeiten.“

Das französische Außenministerium ergänzte, die Sanktionen ständen aufgrund ihrer „extraterritorialen Reichweite“ „ im Widerspruch zum Völkerrecht“.

Europa sieht die Sanktionen als Werkzeug einer US-amerikanischen Industriepolitik, die US-amerikanische über europäische Geschäftsinteressen stellt.

> ***Es ist zu hoffen, dass Washingtons Arroganz es ihm nicht erlauben wird einzulenken und dass Europa Washington den Stinkefinger zeigen und sich vom amerikanischen Imperium freimachen wird.***

Ohne Europa, das seine Militärbasen beherbergt und seine Propaganda nachplappert, nähme Washingtons Fähigkeit, Russland zu bedrohen, deutlich ab. Ja, das Beharren auf einer feindselig drohenden Haltung gegenüber Russland würde Washington in der Welt isolieren. Kein Land will sich nur um Washingtons Unilateralismus‘ willen der Gefahr eines Atomkriegs aussetzen.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel "A Ray of Hope (http://www.paulcraigroberts.org/2017/07/26/ray-hope-paul-craig-roberts/)" auf der Webseite von Paul Craig Roberts (http://www.paulcraigroberts.org/). Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam (https://www.rubikon.news/kontakt) übersetzt und vom ebenfalls ehrenamtlichen Rubikon-Lektoratsteam (https://www.rubikon.news/kontakt) lektoriert.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Paul Craig Roberts, Jahrgang 1939, ist ein US-amerikanischer Ökonom und Publizist. Er war von 1981 bis 1982 Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik im Finanzministerium der Regierung Reagan und ist als Mitbegründer des wirtschaftspolitischen Programms der Regierung Reagan mit dem Namen „Reaganomics“ bekannt. Er war Mitherausgeber und Kolumnist des **Wall**

Street Journal und Kolumnist von **Business Week**. Bei über 30 Anlässen wurde er im Kongress um seine Expertise zu Themen der Wirtschaftspolitik gebeten.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.